

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

52. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 10. September 1914

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 105

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes betreffend Mitteilung über die Wirkung der Beschlüsse der Gavoursteherkonferenz. **Das Buchgewerbe im Auslande:** Österreich. — Deutsche Schweiz. **Sprechstunden:** Frankfurt a. M. — Gau Osterreich-Thüringen. **Handbuch:** Vorbildliche Unternehmer! — Die Auslandsstellen auf der graphischen Weltausstellung. — Krieg und Fachpresse. — Staatliche Hilfe gegen die Arbeitslosigkeit in Spanien. — Die deutsche Volkswirtschaft nach dem ersten Kriegsmonat.

Bekanntmachung.

Um die Wirkung der von der Gavoursteherkonferenz gefassten, und vom 30. August ab in Kraft getretenen Beschlüsse feststellen zu können, ersuchen wir die verehrlichen Vorstände, nachstehende Fragen zu beantworten und das Resultat umgehend dem zuständigen Gavourstand übermitteln zu wollen:

1. Zahl der arbeitslosen Mitglieder am 12. September?

Wieviel davon bezugsberechtigt?

2. Wieviel waren an diesem Tage vollbeschäftigte Mitglieder vorhanden?

3. Wieviel arbeiten in verkürzter Arbeitszeit:

a) mehr als 3 Tage?

b) 3 Tage oder 6 halbe Tage in der Woche?

c) weniger als 3 Tage?

d) setzen wochenweise aus?

Wieviel beziehen von den unter b, c und d Genannten Unterstützung?

4. Wieviel wurde in der Zeit vom 30. August bis einschließlich 15. September aus der Verbandskasse an Arbeitslosenunterstützung gezahlt? Zahl der Unterstüzungstage?

5. Bezugsberechtigte Kranke?

Nichtbezugsberechtigte Kranke?

6. Zum Militär wurden insgesamt eingezogen?

Davon sind verheiratet?

Berlin. Der Verbandsvorstand.

Das Buchgewerbe im Auslande

Österreich. In einer längeren Reihe von Artikeln der Überschrift „Betrachtungen und Beachtungen“ wurden in Wiener „Vorwärts“ im Verlaufe der letzten Monate die Lehren des langwierigen Tarifkampfes in unserm Nachbarlande besprochen. Mit rückhaltloser Offenheit wurde darin Kritik geübt an dem Verhalten der Prinzipale und ihrer Werkzeuge, aber auch an dem Verhalten solcher Geheissen, deren gewerkschaftliche Durchbildung zu wünschen übrig läßt. Die temperamentvolle Schreibweise des österreichischen Verbandsorgans während des Tarifkampfes selbst war teilweise auch in den unumwunden beendeten rückschauenden Betrachtungen wahrzunehmen. Den Prinzipalen und ihren Helfershelfern, den Scharfmachern aller Berufe, den Faktoren, Redakteuren sowie den Streikbrechern blieb dabei wirklich nichts geschenkt. Manches kluge und zweifellos gutgemeinte Wort über Vertrauen und Verständnis, diese Grundbedingungen praktischer Gegenwartarbeit, war jedoch auch an

die Adresse der österreichischen Kollegen direkt gerichtet. Es wurde ihnen klar gemacht, daß es im gewerkschaftlichen Kampfe notwendig ist, den Idealen und dem stürmischen Verlangen das nüchternere Erwägen und Abschätzen gegenüberzustellen, dem Begehren und Ertrögen die vernünftige und zielbewußte Kampfweise entgegenzustellen. „Es gilt zu erkennen, daß äußerlich sichtbare Triumphe nicht immer entscheidende Bedeutung erhalten, sondern die tatsächlich erreichten Dinge allein wirklich Wert besitzen. Das Schlagwort an und für sich besagt gar nichts. Darum ist das blinde, sinnlose Losschlagen, wie es in den Köpfen einzelner Kollegen spukt und in Versammlungen sich austobt, der Radikalismus der starken Worte, nicht das Mittel, um vorwärts zu kommen. Die Arbeiter haben der andern Kampfesform genug, sich ihrer Rechte zu wehren. Die Einsicht und Vernunft, das Beachten und Betrachten der vielen (in den Artikeln erwähnten) Umstände ist notwendig denn je, eine falsch angebrachte Unzufriedenheit darf nie und nimmer das Trachten und Wollen eines Kollegen beherrschen. Die Vernunft aber äußert sich im Vertrauen und im Verständnis.“ Wie oft werden diese Wahrheiten in unablässiger Agitations- und Aufklärungsarbeit noch wiederholt werden müssen, ehe sie zum Gemeingut der Kollegenschaft, sei es der österreichischen oder der deutschen, geworden sind!

Im Schlussartikel, dem ersten, wird die Zusammenfassung der Kräfte als eine der vornehmsten Lehren des jüngsten Tarifkampfes bezeichnet. Es wird darauf hingewiesen, daß Österreich mit seiner Vielseitigkeit in der Verwaltungspraxis der Organisationsgeschichte einzig dasteht. Der deutsche Verbandsvorstand und die Gavourstände hätten keine so großen Zusammenlegungen wie in Österreich verschiedene Vereinsleitungen. Auch in England und in Frankreich seien die lokalen und zentralen Körperlichkeiten weit kleinere und beweglichere Gebilde. Am schlimmsten muß es in Österreich mit den an einem Orte nebeneinander wirkenden Körperlichkeiten bestellt sein. Wie beispielsweise in Wien drei Arbeiterblätter politischer Natur nebeneinander bestehen, so gibt es in dieser Stadt eine Menge typographischer Vereine und Vereinen, die alle auf ihre Vereinsberechtigung pochen. Für die Führung der Sammelliste muß ein Wiener Druckermeister geradezu buchhalterische Kenntnisse besitzen. Hier bietet sich ein weites Wirkungsfeld für alle von Reformfreudigkeit so sehr besessenen Kollegen, die oftmals an ganz verkehrter Stelle den Hebel ansetzen bereit sind. Dem Einwurfe von der mangelnden Demokratie begegnet der Verfasser der Artikelserie, indem er sagt: „Diese Demokratie muß zum Ausdruck kommen in der ständigen Fühlungnahme mit der Gesamtkollegenschaft. Auch wir halten dafür, daß jeder Kollege über alle Vorkommnisse unterrichtet sein soll, obwohl wir weit abweisen, was in Versammlungen gesprochen und in Briefen an die Redaktion ausgedrückt wurde, daß bei Tarifverhandlungen jede kleinste Verhandlung mit der Gegenseite schon zu langen Diskussionen in der breitesten Öffentlichkeit Anlaß geben muß. Berufen durch das Vertrauen der Kollegen, müssen die verantwortlichen Funktionäre mit Machtvollkommenheiten im weitesten Maß ausgestattet sein. So fern ihnen jedwede Geheimnisräumerie liegen muß, so kann von ihnen nie und nimmer verlangt werden, Halbheiten oder unreife Ergebnisse von Beratungen schon in die Menge zu tragen. Als eine der Lehren des letzten Kampfes kann es gleichfalls bezeichnet werden, daß den Funktionären mehr als Selbstgenügsamkeit im Tun und Lassen gegeben werden muß. Im Laufe dieser Betrachtungen wurde dieses Thema schon mehrfach berührt. Immerhin aber sei es nochmals betont: Die Funktionäre müssen von dem ihnen entgegengebrachten Vertrauen dadurch Gebrauch machen können, daß ihnen größtmögliche Selbständigkeit eingeräumt wird. Gebundene Marschrouen sind ein Übel. Aber auch die großen Versammlungen mit ihrer Unmöglichkeit, abzukommen, wenn es Störenfriede gibt, haben sich als unheilbar erwiesen.“

Schließlich behandelte der Verfasser u. a. noch den von verschiedenen Seiten angeregten Zusammenschluß zu einem graphischen Industriereverband, indem er, wohl im Einvernehmen mit dem österreichischen Verbandsvorstande, darauf hinweist, daß ähnliche Zeitungsartikel der Sache gar nichts nützen. Von einem Zusammenschließen der Organisationskörner bei deren stark abweichenden inneren Einrichtungen, bei ihren verschiedenen Betätigungsformen und bei ihren ungleichen finanziellen wie moralischen Kräften keine Rede sein. Obwohl zugegeben wird, daß eine ganze Menge von Berührungspunkten bestehen, dürfte man auch in Österreich die Frage des Industriereverbandes der Entwicklung — in allererster Linie der Technik — überlassen.

Ein mit künstlichen Mitteln geschaffener Abwehrverband wie ihn ein einflußreicher österreichischer Funktionär nach beendigem Kampfe propagierte, wird den Arbeitern der graphischen Industrie dort wie hier nur hinderlich sein.

Deutsche Schweiz. Von den auf der Delegiertenversammlung des Schweizerischen Typographenbundes gefassten wichtigen Beschlüssen seien nach ihrer Veröffentlichung in der „Selbstlichen Typographia“ die wichtigsten hier angeführt: Außer den statutarischen Beiträgen werden von den Mitgliedern, die das ortsübliche Mindestverdienst und mehr verdienen, folgende Extrabeiträge erhoben: Wer das ortsübliche Mindestverdienst verdient, bezahlt als Extrabeitrag wöchentlich 2 Fr., wer 3–5 Fr. darüber verdient, 3 Fr., wer 6–9 Fr. darüber verdient, 4 Fr. und wer 10 Fr. und mehr darüber verdient, 5 Fr. an die Allgemeine Kasse. Die Reiseunterstützung wird aufgehoben. Die Konditionslofenunterstützung beträgt für die Ledigen 2,50 Fr. und für die Verheirateten 3 Fr. pro Wochentag. Wer Beschäftigung findet (auch außerhalb des Berufs), hat kein Anrecht auf die Arbeitslofenunterstützung, sofern sein Verdienst 2,50 Fr. bzw. 3 Fr. pro Tag beträgt. Verdient der Betreffende weniger, so kann er die Differenz bis zur Höhe von 2,50 Fr. bzw. 3 Fr. beanspruchen. Die Maßregelungsunterstützung wird der Konditionslofenunterstützung gleichgestellt. Die Krankenunterstützung beträgt pro Wochentag 2,50 Fr. für die Ledigen und 3,50 Fr. für die Verheirateten. Für jedes Kind unter 16 Jahren wird ein wöchentlich Zulusch von 1 Fr. gewährt. Die Sektionen werden ersucht, ihre Mitglieder aus der Lokalkasse nach Möglichkeit zu unterstützen. An die Veröffentlichung dieser Beschlüsse knüpft das Zentralkomitee ein Nachwort, in welchem es u. a. heißt: „Weg mit den kleinlichen Reibereien und Säherereien, wie sie in Friedenszeiten so oft zutage treten und das gewerkschaftliche Leben vergiften. Kopf hoch, Kollegen, und den Mut nicht verloren. Wir sind es unsern Freunden, die ihre Familien und uns verlassen haben, um dem Ruf unter die Fahne zu folgen, schuldig, daß wir den Verband hochhalten und ihn vor jeder Gefahr schützen.“

Obwohl die Deutsche Schweiz nicht direkt in den Krieg verwickelt worden ist, hat doch die Mobilmachung zum Schutze der Landesgrenzen bedeutliche Lücken in den Mitgliederbestand des Schweizerischen Typographenbundes gerissen. Die Gesamtzahl der zu den Waffen gerufenen Mitglieder beträgt 1265 und die Arbeitslosenziffer dürfte sich nach den Angaben des Verbandsorgans gegenwärtig auf 600 belaufen.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Frankfurt a. M. Eine überaus zahlreich besuchte Versammlung des Bezirks fand am 31. August hier statt. An Stelle des zur Fahne einberufenen Kollegen Nepedus führte Kollege Braun den Vorsitz. Das Andenken des verstorbenen Gießerkollegen Ludwig Wilhelm und des auf dem Schlachtfelde gefallenen Seberkollegen Karl Körber aus Singheim wurde in der üblichen Weise geehrt. Der Vorsitzende wies alsdann auf die außerordentliche jetzige Situation hin, die allen Wunden schlage, die aber auch Verständnis und kaltes Blut erfordere. Aber 300 von 2000 Mitgliedern seien zur Fahne berufen, unfre besten Wünsche begleiten sie. Da infolge der veränderten Verhältnisse an eine Einführung der von der Stadt in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften beschlossenen Arbeitslofenversicherung nicht gedacht werden kann, hat die Stadt Frankfurt, ebenfalls unter Mitwirkung der Gewerkschaften, aber nur aus fädelichen Mitteln, eine Arbeitslofenunterstützung eingeführt, die sich auf folgender Grundlage aufbaut: Bedingung ist, daß der Arbeitslose 52 Wochen in Frankfurt a. M. wohnt, nicht krank ist und keine Armenunterstützung bezieht. Nach Erledigung dieser Mitteilungen ergriff Gavourstehere Dominé das Wort und erfaßte Bericht über die Gavoursteherkonferenz. In der Art der zur gleichen Sache in „Korr.“ erschienenen Artikel machte er die Mitglieder mit den in Berlin gefassten Beschlüssen bekannt. Neben den Arbeitslofenziffern im Reich gedachte er speziell derjenigen im hiesigen Bezirke, die am 29. August 578 betrug; ausgenommen die vielen Kollegen, die nur halbtägig oder in wöchentlichen Wechselstunden arbeiten. Der Tarif müsse auch bei allen Vereinbarungen, die in der jetzigen Zeit getroffen werden, maßgebend sein. Redner verurteilte es, daß es auch hier vorgekommen sei, daß Prinzipale, noch ehe die Mobilmachung publiziert worden war, dazu übergingen, das ganze Personal ohne Kündigung

zu entlassen. Das hiesige Tarifschiedsgericht hätte sich mit verschiedenen Fällen zu beschäftigen gehabt. Firmen, die in der langen Friedenszeit Millionen zugewonnen, seien in ihren Forderungen an die Personale am rücksichtslosigsten gewesen, um auf der andern Seite in sogenannter patriotischer Fürsorge zu glänzen. Hervorzuheben sei zwar auch, daß einzelne Geschäfte für die Hinterbliebenen der ins Feld gezogenen Kollegen eine laufende Unterstützung zahlten. Auch der Gau werde hier soweit möglich etwas tun. Für die Organisation im allgemeinen sei es Pflicht, das Meer der Arbeitslosen über Wasser zu halten, die bisherigen Unterstützungseinrichtungen hochzuhalten und das Gebäude des Verbandes nicht durch eine neue Unterstüßung ins Wanken zu bringen. Den im Felde kämpfenden Kollegen eine ungeschwächte Organisation zu erhalten, die ihnen nach ihrer Rückkehr sofort helfend beistehen könne, sei gewiß auch edel gehandelt. Die vorzüglichen Ausführungen, die so manches Interessante enthielten, die schonungslos auch die schlechten Eigenschaften gewisser Wohlthäter bloßstellten, entwickelten eine lebhaft diskussion. Alle Redner erkannten an, daß die Organisation die geschützten Maßnahmen treffen mußte und wünschten, daß der Gau eventuell etwas für die Hinterbliebenen der zur Fahne einberufenen Kollegen tue. Besonders wurde betont, durch solidarisches Verhalten die Einigkeit hochzuhalten, da dadurch der gegenwärtige Tiefstand am besten zu überwinden sei. Nach einem Schlussworte des Kollegen Dominik schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation, die uns in wirtschaftlichen und politischen Kriegen mit seinen üblen Begleiterscheinungen für die Zurückgebliebenen schütze, nach dem Motto: „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr“.

-x. Osterland-Thüringen. Am 30. August fand in Weimar eine Konferenz der Bezirksvorsitzer des Gaues statt, die zunächst den Bericht von der Gauvorsitzenden durch Kollegen Prütz entgegennahm. Die Bezirksvorsitzer bezeichneten die Lösung der Unterstützungsfrage als eine glückliche und waren auch von den übrigen Maßnahmen des Hauptverbandes und der Gauvorsitzenden befriedigt. Hinsichtlich der Gaukasse wurde es dem Gauvorstand überlassen, zu gegebener Zeit Vorkehrungen zu treffen bzw. Vorschläge den Bezirksvorständen zu unterbreiten, ehe eine Erhöhung der Gaukasse eintritt. Vorhanden waren noch 25 000 Mk. Vermögen. Hält die gegenwärtige Arbeitslosigkeit an, so wird ein wöchentliches Vermögensabgang von 1000 Mk. zu buchen sein. Da ein Verkauf der Wertpapiere wegen des hohen Verlustes nicht angängig, vielleicht auch in Ermangelung von Abnehmern nicht möglich ist, muß der Papierwertbestand von 23 000 Mark belassen werden; was jedoch nur bis zu 60 Proz. und mit erhöhten Gebühren seitens der Banken geschieht; es können also davon nur 14 000 Mk. flüssig gemacht werden. Sollten diese Gelder verausgabt werden, kann der Gauvorstand ein Darlehen bei der Gauwittwenkasse aufnehmen. Hierbei wurde die Geneigtheit ausgesprochen, mit Eintritt besserer Zeiten bei der Kollegenschaft für die Erhebung einer Ertragssteuer oder eines erhöhten Beitrages vorstellig zu werden, um die Bezahlungen alsbald abhaken zu können. Das Verhältnis der Gauwittwen- und -waisenkasse zu den im Felde stehenden Mitgliedern ist klar: alle Pflichten und Rechte ruhen; eine Fortsetzung der Beitragszahlung ist unzulässig. Die Konferenz berückichtigte aber die außerordentlichen Umstände und beschloß, den Frauen bzw. den Kindern der gefallenen oder durch Verwundung gestorbenen Kollegen, die 250 Beiträge (Bezugsberechtigung) entrichtet haben, eine außerordentliche Unterstützung von 200 Mk. und bei geringerer Beitragsleistung (mindestens aber 50 Beiträgen) eine solche von 100 Mk. zu gewähren. War ein lediges Mitglied Ernährer Angehöriger oder liegt eine besondere Nothlage vor, wird der Gauvorstand entsprechende Gesuche wohlwollend behandeln. Mit der Erledigung einiger innerer Angelegenheiten schloß die Konferenz.

○○○○○○ Rundschau ○○○○○○

Vorbildliche Unternehmer! In Breslau gewährt die Buchdruckerei W. G. Korn den Familien ihrer zur Fahne berufenen Geschäftsangehörigen eine Unterstützung, während die Buchdruckerei Th. Schafay und jene der

„Breslauer Morgenzeltung“ die Krankenkassenbeiträge für die Eingezogenen weiterbezahlen. — In Bromberg zahlt die Grünauerische Buchdruckerei (R. Krahl) den Frauen ihrer zum Kriegsdienst einberufenen Geschäftsangehörigen wöchentlich 4 Mk. und für jedes Kind 1,50 Mk. — In Darmstadt gewährt die S. C. Herberische Hofbuchdruckerei (Nachf. Dr. Wölff Koch) den Frauen ihrer zum Meer einberufenen Arbeiter eine wöchentliche Unterstützung von 5 Mk. und für jedes Kind 2 Mk. und die Wittliche Hofbuchdruckerei zahlt den in Frage kommenden Frauen wöchentlich 6 Mk. und für jedes Kind 1 Mk. — In Frankfurt a. M. zahlt die Buchdruckerei des „Generalanzeigers“ (S. und G. Hofmann) allen zum Meer einberufenen Arbeitern ihres Betriebes einen Wochenlohn extra und deren Frauen wöchentlich 10 Mk. und für jedes Kind 2 Mk.; außerdem wurde für die Betroffenen die Bezahlung der Krankenkassenbeiträge übernommen. — In Herford gewährt die Westfälische Vereinsdruckerei, G. m. b. H., den Familien ihrer zur Fahne einberufenen Betriebsangehörigen eine dauernde Beihilfe in der Höhe der Staatsunterstützung. — In Glogau bringt die Buchdruckerei Karl Flemming, A.-G., an die Frauen ihrer zur Fahne berufenen Arbeiter 7 Mk., für jedes Kind 1 Mk. und an Unerheiratete wöchentlich 3 Mk. zur Unterstützung. — In Stuttgart gewährt die Stuttgarter Vereinsbuchdruckerei, A.-G., den zum Meer Einberufenen ihres Personals eine einmalige Unterstützung, und zwar den Verheirateten 40 Mk. und den Unerheirateten 30 Mk.

Die Auslandsstellen auf der graphischen Westausstellung. Ein deutlicher Beweis, wie die französischen Zeitungen ihre Leser irreführen, zeigt eine Mitteilung, die die Pariser Zeitung „Patrie“ gebracht hat. Die Meldung besagt: „Laut Berichten von Reisenden sind die Hallen der russischen, englischen und französischen Ausstellung mit ihren Schätzen auf der „Burg“ in Leipzig höchstwillig in Brand gesteckt, und selbsten der Stadt ist nichts gelassen worden, um das Feuer zu beschränken.“ In Wirklichkeit ist aber nicht eine einzige Halle durch Feuer angegriffen worden. Auch ist es ganz selbstverständlich, daß die Ausstellungseitung oder die Stadt nicht ruhig dabei zusehen hätten; denn in Deutschland kennt man auch in Kriegszeiten die Verpflichtung zum Schutze des fremden Privateigentums. Die ausländischen Hallen auf der Leipziger Buchgewerbeausstellung sind überdies nicht Eigentum der betreffenden Nationen. Sie sind zum größten Teil von deutschen Architekturfirmen errichtet, denen gegenüber die Ausstellungseitung verantwortlich ist. Die genannten Hallen sind alle noch gut erhalten, aber natürlich geschlossen. Alle übrigen Hallen sind nach wie vor geöffnet und mit ihrem reichen Inhalte den Besuchern, die sich immer zahlreicher wieder einfänden, unverändert zugänglich.

Krieg und Fachpresse. Mit Rücksicht darauf, daß in der jetzigen Zeit technische Fragen in den Hintergrund treten, hat auch das im achtzigsten Jahrgange stehende „Journal für Buchdruckerkunst“ seine Erscheinungsweise beibehalten und wird bis auf weiteres statt wöchentlich nur noch alle vierzehn Tage herausgegeben.

Staatliche Hilfe gegen die Arbeitslosigkeit in Sachsen. Die sächsische Staatsregierung hat zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Gewährung von Zuschüssen an die Familien der zum Kriegsdienst einberufenen sächsischen Staatsangehörigen Mittel für die Höhe von 30 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Es sollen zu den erwähnten Zwecken ärmeren Gemeinden anstretende Darlehen aus der Staatskasse gewährt werden.

Die deutsche Volkswirtschaft nach dem ersten Kriegsmont. Wenn man die Wirkungen des Krieges auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung richtig beurteilen will, so muß man eine Unterbrechung nach der Siedlungsweise der Bevölkerung vornehmen. Denn ganz anders haben sich die Wirkungen auf dem Lande und in den auf der Landwirtschaft basierten städtischen Gemeinden gedehert als in den großen Städten mit Industrie, Handel und starkem Geldverkehr. In den kleineren Orten bis zu 2000 Einwohnern hat die Mobilmachung eine starke Verminderung der Erwerbstätigen gebracht, ohne daß die Arbeitslosigkeit nachgelassen hätte. Man kann vielmehr behaupten, daß hier über den Winter zahlreiche Arbeitskräfte untergebracht werden könnten. Freilich sind wir über die Verhältnisse in diesen Orten viel zu wenig orientiert, um so rasch, wie es nötig wäre, einen Ausgleich herbeiführen zu können. Aber daß es sich um ein recht

grobes Gebiet des deutschen Arbeitsmarktes handelt, das Arbeitskräfte aufnehmen kann, das ergibt sich daraus, daß wir über 72 000 Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern zählen, in denen insgesamt rund 26 Millionen Menschen leben. Die Kreisbehörden wären wohl in der Lage, für diese Orte den ungefähren Arbeiterbedarf festzustellen und dafür befragt zu sein, daß tatsächlich auch Arbeitskräfte eingestellt würden. Denn die Bestellung und die Pflege der Felder sowie die Viehzucht dürfen nicht unter dem Mangel an männlichen Erwerbstätigen leiden. Im Gegenteil müssen alle Anstrengungen sich dahin vereinigen, daß der Anbau mit den notwendigen Erzeugnissen noch vergrößert und die Viehzucht noch gesteigert wird. Das ist aber ohne einen Ersatz für die ins Feld gezogenen Erwerbstätigen nicht möglich. In den städtischen Gemeinden zwischen 2000 und 5000 Einwohnern dürfte im allgemeinen meist auch noch ein Mangel an Arbeitskräften wahrnehmbar sein. Es handelt sich hier um 241 Gemeinden mit etwas über 7 Millionen Einwohnern. Hier spielt die Landwirtschaft noch die ausschlaggebende Rolle. Daneben herrscht das Handwerk und die Kleinhandelmannschaft vor, die in regem Tauschverkehr mit der landwirtschaftlichen Bevölkerung stehen. Schon wesentlich anders liegen die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Kleinstädten, die vielfach schon Industrie haben, deren Absatz über das lokale Gebiet weit hinausreicht, ja oft auf den Export angewiesen ist. Hier hat der Krieg nicht nur die Zahl der Erwerbstätigen herabgesetzt, sondern was schlimmer ist, er hat den Absatz zahlreicher Unternehmungen teilweise abgeschnitten und dadurch Betriebseinstellungen herbeigeführt, durch die sehr viele Arbeiter verdienstlos geworden sind. Es handelt sich hier um 1028 Städte mit etwas über neun Millionen Menschen. Immerhin dürfte hier dem Arbeitsmangel auf der einen Seite, auf der andern noch Arbeitermangel gegenüberstehen, so daß von einer größeren Beschäftigungslosigkeit nicht gesprochen werden kann. Viele fängt erst in den Städten mit 20 000 Einwohnern an und steigt um so mehr, je größer die Einwohnerzahl wird; sie ist am größten in den Großstädten, wo die wirtschaftliche Struktur auf den nationalen und internationalen Markt angewiesen ist. In den Orten bis zu 100 000 Einwohnern tritt die Arbeitslosigkeit schon scharf hervor. Es handelt sich um 223 Städte mit beinahe neun Millionen Einwohnern. Gerade hier könnte durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit im Bauwesen durch Staat und Gemeinde ein wirksamer Damm gegen das weitere Anschwellen der Arbeitslosigkeit aufgestellt werden. Am schmerzhaftesten ist die Lage in den eigentlichen Großstädten. Deutschland hat zurzeit 48 mit einer Bevölkerung von etwa 14 Millionen Menschen. Hier ist die Arbeitslosigkeit zurzeit schon sehr groß, sie ist seit der Mobilmachung fast von Woche zu Woche gestiegen. Die Stillierung des Verkehrs, vor allem auch die Unterbrechung des internationalen Warenaustausches haben in manchen Gewerben die Geschäfte zur Betriebsstillung veranlaßt. Trotz der zur Fahne einberufenen Erwerbstätigen vermehrt sich die Zahl der arbeitslosen Männer und Frauen so erheblich, daß besondere Maßnahmen ergriffen werden müssen, um einer großen Nothlage während der Wintermonate vorzubeugen. Neben einer starken Bausätigkeit der öffentlichen Organisationen ist dafür Sorge zu tragen, daß vor allem das Meer der ungelernen Arbeiter auf dem platten Lande untergebracht wird. Eine systematische Arbeitsmarktpolitik ist sehr wohl imstande, der Gefahren Herr zu werden, von denen unser wirtschaftliches Leben noch immer bedroht ist.

○○○○ Verbandsnachrichten ○○○○
 Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chammstraße 511.
 Fernsprecher: Amt Kurlrich, Nr. 1191.

Adressenveränderungen.
Apolda. Alle Sendungen sind bis auf weiteres zu richten an Paul Eizenraut, Friedrichstraße 27.

Veranstaltungskalender.
Barmen. Verammlung Sonnabend, den 12. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Parlamentstraße.
Bielefeld. Bezirksserversantenversammlung Sonntag, den 13. September, vormittags 10 Uhr, in der „Glenhütte“.
Darmstadt. Bezirksversammlung Sonntag, den 13. September, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Elmshorn. Verammlung Sonnabend, den 12. September, abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Im großen Hause“.

Suweräntlicher, militärischer Maschinenmeister
 der mit Königlichem Bogenanleger vollkommen vertraut ist, in dauernde Stellung sofort gesucht. Bewerbungen schreiben mit Lohnanspruch und Zeugnisabschriften an die
 Maschinenfabrik Vereinsdruckerei in Mannheim.

Gebrauchte Zeitungsmaterrn
 werden gekauft.
 Bemühter Offerten unter M. F. 3396 an Haasenstein & Vogler, A.-G., München. [267]

H. MATHAEUS DESSAU
 Flössergasse 46
 Katalog gratis u. fr.

Verfälschbare Werkzeugkasten
 sowie sämtliche Werkzeuge für Maschinenmeister empfiehlt Kollege Max Bögel, Leipzig, Göttestr. 11. Preisliste gratis. [580]

Zeilenmaß mit sämtlichen Einstellungen 20 M. G. Krb., Frankfurt am Main 3.

Am 2. September verstarb im Krankenhaus zu Koblenz an den Folgen schwerer Verwundung im Stampo für das Vaterland unser lieber Kollege, der Schwelzerdegen
Ernst Pfeiffer
 aus Krosdorf bei Weihen, im eben vollendeten 25. Lebensjahre. Sein stets aufrichtiger Charakter sowie sein ruhiges Wesen werden wir stets in bestem Andenken bewahren.
 Der Ortsverein Weihen.

Am 2. September verstarb unser lieber Kollege, der Schwelzerdegen [266]
Ernst Pfeiffer
 aus Krosdorf bei Weihen, an seinen im Kampf fürs Vaterland am 21. August erhaltenen Verwundungen. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
 Bezirksmaschinenmeisterversuch Weihen.

Nach mehrwöchigem Krankenlager ist am 2. September unser Mitglied, der Maschinenlehre [262]
Ernst Langguth
 erst 27 Jahre alt, von uns gegangen. Sein Interesse Organisationsleben und der kollegiale Zug sichern ihm ein freies Andenken.
 Der Ortsverein Wiesbaden.

Am 2. September verstarb nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Maschinenlehre [263]
Ernst Langguth
 im 27. Lebensjahre.
 Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm der Ortsverein für den Bezirk Wiesbaden.

Den Heldentod fürs Vaterland fand am 20. August unser Kollege, der Maschinenmeister [264]
Johann Gfellerbauer
 Infanterist im 11. Regiment
 im Alter von 21 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahrt.
 Die Mitgliedschaft Straubing (V. d. V.).

Künstlerische Ansichtspostkarten
 vom Monument unfres Verbandes auf der Weltausstellung für Buchgewerbe in Leipzig. (2 Stück 15 Pf.)

Album mit sämtlichen Ansichten
 von der Ausstellung des Verbandes. (Preis 40 Pf.)
 Zu beziehen durch Georg Böhm, Leipzig, Salomonstraße. (Wiederverkäufer erhalten Rabatt.)